OSTHOLSTEINBRIEF SPD



SPÄTSOMMER 2020

NUMMER 57

11. JAHRGANG

KREISVERBANDSINFO

LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN, LIEBE LESERINNEN UND LESER,



auch nach dem Sommer bleibt die Corona-Pandemie das alles bestimmende Thema. Immer deutlicher werden die dramatischen Folgen des Shutdowns im Frühjahr. Für Familien, die während der Schließungen einer enormen Doppelbelastung ausgesetzt waren. Für ältere Menschen, die auf den Kontakt mit ihren Angehörigen verzichten mussten. Für Arbeitnehmerinnen und

Arbeitnehmer, die Kurzarbeit oder sogar Jobverlust hinnehmen mussten. Und auch für Unternehmen, von denen viele vor großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten stehen. Umso unverständlicher ist, wie viele leichtfertig bereit sind, durch egoistisches Verhalten die bisherigen Erfolge zu verspielen.

Das bisherige Krisenmanagement der Bundesregierung wird zurecht von vielen gelobt. Maßgeblich dafür verantwortlich ist Olaf Scholz. Darum war es richtig, dass Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans früh von ihrem Vorschlagsrecht Gebrauch gemacht und Olaf als Kanzlerkandidaten nominiert haben. Ich glaube, dass viele, die sich jetzt hämisch über die SPD äußern, noch eine echte Überraschung erleben können. Denn im Parteiensystem ist sehr viel mehr Veränderung als noch vor einigen Jahren. Allein in den letzten drei Jahren lag die Spannbreite der SPD in bundesweiten Umfragen zwischen 11 und 33 Prozent. Das ist extrem.

Wichtig wird am Ende ein echter Politikwechsel sein. In den USA sagt man: "Only Nixon could go to China", wenn es eine Person mit ganz bestimmtem Profil braucht, um ein bisheriges politisches Tabu zu brechen. Warten wir ab, was das Jahr 2021 an spannenden politischen Möglichkeiten jenseits der ausgetretenen Pfade bieten wird.

Auch in Ostholstein sind wir trotz aller Einschränkungen bereits mitten in der Vorbereitung dieser Bundestagswahl. Zwischen den Sommer- und Herbstferien wählen die Ortsvereine ihre Delegierten für die Wahlkreiskonferenz, die noch vor der Weihnachtspause stattfinden wird – natürlich unter Einhaltung aller Hygiene- und Abstandsregeln. Klar ist mittlerweile, wer sich für die Kandidatur in unserem Wahlkreis bewerben wird. Denn unsere langjährige Abgeordnete Bettina Hagedorn hat erklärt, erneut zu kandidieren. Bettina ist mit ihrer großen Erfahrung weit über SPD-Grenzen hinweg für ihre Arbeit anerkannt. Da Corona-bedingt Vorstellungsrunden weitaus schwieriger sind als in der Vergangenheit, wollen wir diese Ausgabe des Ostholsteinbriefes auch nutzen, damit Bettina ihre Ideen für die kommenden vier Jahre vorstellen kann.

Bleibt gesund!

Solidarische Grüße

Niclas Dürbrook Kreisvorsitzender

SERPIL UND RALF AUF SOMMERTOUR IM KREIS

Unsere Landesvorsitzende Serpil Midyatli hat auf ihrer diesjährigen Sommertour am 1. Juli auf Einladung von Sandra Redmann gleich vier Termine in Ostholstein wahrgenommen. Ziel war zu erfahren, wie Unternehmen im Kreis mit der Corona-Krise umgehen. Nach einem Termin im Hotel Fuchsbau in Timmendorfer Strand ging es zu einem Gespräch mit den Strandkorb- und Apartment-Vermietern Thomas und Andrea Witting. Anschließend standen Gespräche in der Ancora Marina in Neustadt und beim Kaufhaus Stolz auf Fehmarn auf dem Plan.

Eine Woche später war auch unser Fraktionsvorsitzender Ralf Stegner auf Sommertour im Kreis unterwegs. Dabei war der Schwerpunkt die Daseinsvorsorge in Corona-Zeiten. Neben einem Termin bei der Lebenshilfe in Bad Schwartau mit Sandra Redmann und Bettina Hagedorn war auch eine Gesprächsrunde mit Kita-Eltern in Ratekau Teil des Programms.





INHALT	SEITE
Editorial	1
Besuch aus Kiel	1
Hinterlandanbindung	
Gewinner und Verlierer	2
Die Grundrente kommt	3
Europa und die Regenwäl-	
der der Welt	4
Riffe im Fehmarn-Belt	5
Applaus reicht nicht aus	s 6
Kitas in Bosau	7
Neues zur 380 kV-Leitu	ng 8
KTF-Sommerklausur	9
Kreisschulen meistern die	
Corona-Krise	9
Zurück zur alten Normalität	
ist nicht das Ziel	10
Parteischule 2020?	11
Jugendbriefmarken	11
Impressum	11
Bettinas Bewerbung	12



SPD-OSTHOLSTEIN.DE



SPÄTSOMMER 2020 OSTHOLSTEINBRIEF

DER BUNDESTAG HAT ENTSCHIEDEN

232 MIO. EURO FÜR ÜBERGESETZLICHEN LÄRMSCHUTZ

Am 2. Juli 2020 hat der Deutsche Bundestag gut 232 Mio. Euro für übergesetzliche Lärmschutzmaßnahmen entlang der Hinterlandanbindung durch unsere hochsensible Gesundheitsund Tourismusregion Ostholstein beschlossen. Das ist einerseits ein sehr positives Signal, aber andererseits nur ca. halb so viel Geld für übergesetzlichen Lärmschutz, wie im Forderungskatalog des Dialogforums im September 2019 einstimmig beschlossen worden war. Ich bin enttäuscht, weil der Bundestag damit – auf Druck des Bundesverkehrsministeriums und im Einvernehmen mit der Landesregierung in Schleswig-Holstein - weniger Mut zu Gunsten der Betroffenen gezeigt hat als im Januar 2016 beim Beschluss zum übergesetzlichem Lärmschutz an der Rheintaltrasse in Baden-Württemberg, der als die Blaupause für den jetzigen Beschluss geliefert wurde. Damit ist dieser Beschluss einerseits vor allem ein Erfolg für den Kreisnorden und andererseits eine Niederlage gerade für Bad Schwartau und Sierksdorf.

EIN WEITAUS MUTIGERER BESCHLUSS WÄRE MÖGLICH GEWESEN

Der einstimmige Beschluss des Bundestages vom 28. Januar 2016 heißt "Menschen- und umweltgerechte Realisierung europäischer Schienennetze" (Drucksache 18/7365) und wurde im Herbst 2015 von mir geschrieben, damals in meiner Funktion als Berichterstatterin für Verkehr im Haushaltsausschuss. Der empfahl diesen Antrag einstimmig dem Bundestag zur Zustimmung, schon damals gegen den Widerstand des Verkehrsministeriums. Ohne diesen Bundestagsbeschluss hätte es keine Rechtsgrundlage gegeben, um überhaupt einen einzigen Cent für übergesetzlichen Lärmschutz für Ostholstein beschließen zu können.

Dieser Beschluss hätte allerdings einen weitaus mutigeren Einzelfallbeschluss des Bundestages für die Menschen in der Region ermöglicht. Denn er legt fest, dass Lärmschutz über das gesetzliche Maß hinaus an Schienengütertrassen finanziert werden kann, wenn diese Teil der Korridore des europäischen TEN-Verkehrs-Kernnetzes sind und dort Bürger beteiligt waren, z.B. Dialogforen stattgefunden haben. Dann muss das nach Bundeshaushaltsordnung (BHO) eigentlich erforderliche Nutzen-Kosten-Verhältnis (NKV) von mindestens 1 nicht eingehalten werden. Der nun für Ostholstein gültige Bundestagsbeschluss zum übergesetzlichen Lärmschutz an der

NUTZEN-KOSTEN-VERHÄLTNIS

Für Infrastrukturprojekte dieser Größenordnung wird ein NKV berechnet, das das Verhältnis zwischen dem Nutzen für die Gesellschaft im Verhältnis zu den staatlichen Kosten beschreiben soll. Dieses darf nach der BHO nicht unter 1 fallen, außer in Einzelfällen, für die ein Beschluss des Bundestages erforderlich ist.

Beim Beschluss zur Rheintalbahn 2016 spielte ein NKV unter 1 keine Rolle, weil für das Parlament als Souverän (im Gegensatz zur Bundesregierung) die BHO nicht zwingend bindend sein muss.

Hinterlandanbindung hält allerdings an einem NKV von mindestens 1 fest und macht damit Mehrkosten von über 240 Mio. Euro ausdrücklich unmöglich – leider eine Fessel, die sich das Parlament auf Druck des Verkehrsministeriums selbst angelegt hat. Im Ergebnis wird aus meiner Sicht dadurch das eigentliche Ziel des TEN-Trassen-Beschlusses vom Januar 2016 nicht erreicht, nämlich Steuergelder des Bundes lieber vorrangig in den effektiven Schutz der Bevölkerung zu investieren statt in teure Gutachten, Anwalts- und Gerichtskosten. Bad Schwartau, wo die Stadtvertretung einstimmig bereits ca. 700.000 Euro für Gutachten ausgegeben hat, um die Notwendigkeit eines 7-m-Troges zum Wohle der Menschen zu dokumentieren, wird so quasi in ein Klageverfahren gedrängt, das bei mehr Entgegenkommen wahrscheinlich vermeidbar gewesen wäre.

Übrigens wurden mit dem Bundestagsbeschluss vom 28. Januar 2016 für den übergesetzlichen Lärmschutz an der Rheintaltrasse über 1,5 Mrd. Euro bewilligt, unter der Bedingung, dass sich das Land Baden-Württemberg mit über 280 Mio. Euro zusätzlich beteiligt. Ein ähnliches Engagement (also knapp 20 Prozent der Bundesförderung) erwarte ich jetzt auch von der Landesregierung in Kiel. Das wären dann für Schleswig-Holstein mindestens 45 Mio. Euro für übergesetzlichen Lärmschutz in Ostholstein, von dieser Summe ist die Landesregierung aber noch weit entfernt.

VERLIERER IM SÜDEN ...

Für den Süden Ostholsteins, insbesonders für Sierksdorf und Bad Schwartau, enthält der Bundestagsbeschluss bittere Pillen, die aus meiner Sicht nicht vertretbar sind. Der Antrag des Dialogforums forderte für die Gemeinde Sierksdorf ursprünglich 24 Mio. Euro für übergesetzliche Lärmschutzmaßnahmen, wovon nur bis zu 1 Mio. Euro vom Bund beschlossen wurden. Immerhin hat das Land Schleswig-Holstein vage in Aussicht gestellt, diese Lücke zu stopfen und die vorgesehene Maßnahme zu retten. Da werden wir die Landesregierung in die Pflicht nehmen müssen.

Für Lärm- und Erschütterungsschutz in Bad Schwartau waren im März 2019 noch 90 Mio. Euro in der Matrix des Forderungskataloges einkalkuliert, die in einem völlig intransparenten Verfahren im April 2019 plötzlich auf 50 Mio. Euro fast halbiert wurden – so wurde wertvolles Vertrauen verspielt. Die Probleme beim Lärm- und Erschütterungsschutz in der Stadt Bad Schwartau werden so nicht einmal ansatzweise gelöst: Eine 3,20 m-Trogvariante, die nun im Beschluss des Bundestages steht, wurde bereits am 13. Juni 2019 von der Stadtvertretung in Bad Schwartau einstimmig abgelehnt und darf nicht einmal als ansatzweise fairer Kompromiss zum 7-m-Trog verstanden werden.

Darum ist klar, dass dieser Beschluss des Bundestages Ostholstein nicht befrieden und langwierige Klageverfahren provozieren wird. Das Ziel des TEN-Trassen-Beschlusses, Bürgerbeteiligung anzuerkennen, für Akzeptanz bei den betroffenen Menschen in der Region zu sorgen und durch übergesetzliche Lärmschutzinvestitionen einen Gesundheits-



OSTHOLSTEINBRIEF SPÄTSOMMER 2020

AKTUELLES AUS DER BUNDESPOLITIK

DIE GRUNDRENTE KOMMT

und Tourismusstandort - wie Sierksdorf und Bad Schwartau mit hoher ökologischer Qualität zu schonen und so Gerichtsverfahren möglichst zu vermeiden, wird damit leider klar verfehlt. Ich habe in einer ausführlichen Protokollerklärung im Bundestag dargelegt, warum in diesen Beschluss - dem ich zugestimmt habe – dennoch als vollkommen unzureichend kritisie-

re. Zu finden ist diese Erklärung im stenografischen Protokoll des Deutschen Bundestages (Dokumentenseite 224) sowie auf meiner Homepage unter www.bettina-hagedorn.de.

... UND GEWINNER IM NORDEN

Für den Kreisnorden hingegen, insbesonders für Fehmarn und Großenbrode, ist der Beschluss des Bundestages ein großer Erfolg, da der geplante Sundtunnel (mit Erhalt des Kleiderbügels) damit zum Bestandteil der Hinterlandanbindung wird und zusätzlich fünf Millionen Euro für den Lärmschutz an den Tunnelzugängen bewilligt wurden. Vergessen wir nicht, dass das CSU-Verkehrsministerium bereits im Frühjahr 2019 (mit der ausdrücklichen Unterstützung des CDU-Kollegen Gädechens) drängte, diesen Bundestagsbeschluss im Sommer/spätestens Herbst 2019 zu verabschieden, als die Entscheidung für einen Sundtunnel noch gar nicht gefällt war. Diese Entscheidung kam erst im Februar 2020. Und noch im November 2019 sprach sich Ingo Gädechens öffentlich in den hiesigen Medien für eine gigantische neue Sundbrücke und den Abriss des Kleiderbügels aus. Damit wären die lärmenden XXL-Güterzüge künftig über eine neue Sundbrücke gedonnert, die 40 m höher als die Köhlbrand-Brücke in Hamburg geworden wäre und den Güterzug-Lärm im ganzen Kreisnorden verteilt hätte. Ein Alptraum für die Region!

Einmal mehr hat der Bundesrechnungshof (BRH) mit seinen kritischen Berichten vom Herbst 2019 und vom April 2020 geholfen, dieses Horror-Szenario zu verhindern. U.a. belegte er zu den Instandhaltungsmaßnahmen der Deutschen Bahn der letzten zehn bis 15 Jahre, dass man diese eindeutig als glatte Arbeitsverweigerung bezeichnen müsse, da von den 2016 versprochenen über zehn Millionen Euro an Sanierungsmaßnahmen allein von 2017 bis 2020 bis Ende 2019 tatsächlich erst 380.000 Euro investiert worden waren. Der BRH forderte die

Deutsche Bahn auf, neben den stark beschädigten Tragseilen den stark korrodierten Endquerträger im Bereich der Straße und die zwei Gleiter und Schrammborde unverzüglich auszutauschen. Diese Mahnung wurde auch einstimmig im Rechnungsprüfungsausschuss von allen Fraktionen geteilt und ein neuer Bericht über die weiteren Maßnahmen bis Februar 2021 angefordert. Ich hoffe sehr, dass die DB Netz AG diesen Weckruf ernst nimmt. Ohnehin wird die DB bis zur Inbetriebnahme eines neuen Sundtunnels den Kleiderbügel zwingend instand halten müssen. Der Bundesrechnungshof wird der DB dabei weiterhin auf die Finger schauen.

Für uns Sozialdemokraten war der 02. Juli 2020 ein stolzer Tag: Nach fast zehn Jahren politischem Dauerstreit haben wir endlich die Grundrente als Aufstockung kleinster Renten im Bundestag gegen den ewigen Widerstand der CDU/CSU durchgesetzt. Wenn die Beschäftigten mindestens 33 Jahre Beitragszeit – inklusive Kindererziehungs- und Pflegezeiten – vorweisen können, wird ihre Lebensleistung ab Januar 2021 endlich trotz niedrigem Einkommen verstärkt anerkannt.

Unterm Strich bedeutet das mehr Geld für rund 1,2 bis 1,5 Mio. Rentner – darunter 80 Prozent Frauen. Zwar werden die Rentnerinnen und Rentner durch die monatelange Blockade der CDU/CSU ihre Grundrente leider nicht pünktlich zum Januar 2021 ausgezahlt bekommen können, denn das können die Beschäftigten der Rentenversicherung leider zeitlich nicht mehr schaffen, da ja nicht nur neue Rentner, sondern auch die Bestandsrentner profitieren werden. Das heißt, dass auch die Rentnerinnen und Rentner, die bereits Rente beziehen, die Grundrente erhalten werden. Aber die gute Nachricht ist: Sie bekommen jeden Cent rückwirkend zum 1. Januar 2021 ausgezahlt, allerdings verspätet, ohne Extra-Antrag und ohne Bedürftigkeitsprüfung.

Denn viele Menschen – vor allem Frauen – arbeiten zwar ihr Leben lang hart und sind fleißig, aber wenn sie dann in Rente gehen, haben viele trotzdem kaum mehr im Portemonnaie als die Grundsicherung, weil die Löhne so niedrig und oft nur Teilzeitjobs zu bekommen waren. Gerade viele Frauen konnten nicht in ihre erlernten Berufe zurück, weil Angehörige zu pflegen und Kinder zu erziehen waren – in einer Zeit, als Krippen, Kitas und Ganztagsbetreuung in Schulen Fremdworte waren. Diese Ungerechtigkeit wird jetzt endlich beseitigt.

Seit 2011 hat die SPD dafür gekämpft, dass sich diese Lebensleistung auch in der Rente niederschlägt. Das heißt: Niemand wird zum Sozialamt gehen, Anträge stellen oder die Vermögenssituation offenlegen müssen! Das war uns als Sozialdemokraten besonders wichtig, weil es etwas mit Würde und Respekt gegenüber den Menschen zu tun hat, die über drei Jahrzehnte gearbeitet haben. Künftig wird das Einkommen unbürokratisch geprüft – durch einen Datenaustausch zwischen Rentenversicherung und den Finanzbehörden. Wer die



Bettina Hagedorn, MdB

Bettina Hagedorn, MdB



EUROPA UND DIE REGENWÄLDER DER WELT

LIEBE LESER*INNEN DES OSTHOLSTEINBRIEFS, LIEBE EUROPAINTERESSIERTE,

habt ihr heute schon Kaffee getrunken, oder Schokolade gegessen? Könnt ihr mit Sicherheit sagen, dass die enthaltenen Kaffee- und Kakaobohnen oder das Palmöl nicht zu Entwaldung beigetragen haben?

DIE EU IMPORTIERT DIE ZERSTÖRUNG DER REGENWÄLDER DER WELT

30% der Landfläche der Erde sind mit Wäldern bedeckt. 80% der Arten der Erde sind in Wäldern zu Hause. Sie sind Kämpfer gegen die Klimakrise, sie speichern klimaschädliche Treibhausgase. Für 25% der Weltbevölkerung sind Wälder Lebensgrundlage und Einkommensquelle. Doch unseren Wäldern geht es schlecht. Denn jede Stunde wird weltweit eine Waldfläche in der Größe von 800 Fußballfelder vernichtet. Schuld daran trägt vor allem der Holzabbau und Brandrodungen, um Platz zu schaffen für Soja, Palmöl, Mais, Kautschuk, Kaffee oder Kakao. 10% davon, also 80 Fußballfelder, fallen auf uns und unseren Konsum in der EU zurück.

Erst kürzlich zeigte eine neue Studie am Beispiel Brasiliens: rund ein Fünftel der jährlichen Exporte von Soja und Rindfleisch aus dem Land in die Europäische Union steht im Zusammenhang mit illegaler Abholzung im Amazonas-Gebiet. Oder anders gesagt: Für Steaks, die auch auf unseren Grills landen, wird der Regenwald zerstört. Das Beispiel Brasilien mit seinem rechtsextremen Präsidenten Jair Bolsonaro macht auch klar: Die EU kann und darf sich nicht darauf verlassen, dass andere Regierungen die Wälder selbst schützen werden.

Denn die massive Vernichtung von Wäldern hat katastrophale Auswirkungen auf Natur und Menschen. Emissionen aus der Vernichtung von Wäldern machen mit 12% weltweit den zweitgrößten Treiber des Klimawandels aus. Die Zerstörung von Wäldern geht oft mit Verletzungen von Menschenrechten einher. Besonders betroffen sind indigene Völker, denen die Lebensgrundlage genommen wird.

WAS KÖNNEN WIR IN EUROPA TUN, UM UNSEREN ENTWALDUNGS-FUßABDRUCK ZU VERKLEINERN?

Das ist die Aufgabe, die mir das Europäische Parlament als sogenannte Berichterstatterin gegeben hat.

Am 15. Juni 2020 habe ich meinen ersten Bericht im Europäischen Parlament veröffentlicht. Damit habe ich den ersten Schritt getan, um ein neues EU-Gesetz zu schreiben, das sogenannte entwaldungsfreie Lieferketten in Recht setzt.

Meine Position habe ich im Gespräch mit vielen Unternehmen und NGOs entwickelt. Sie sind sich des Problems bewusst und haben sich dem Schutz der Wälder verschrieben, oder Label entwickelt, die anzeigen sollen, dass Produktinhaltsstoffe aus nachhaltigem Anbau kommen.

Der andauernd schlechte Zustand der Wälder zeigt uns: Freiwillige Vereinbarungen reichen nicht aus. Auch Label verlagern die Verantwortung lediglich auf uns Konsument*innen. Denn vor dem Supermarktregal ist es schwer zu erkennen, welche Nachhaltigkeitskriterien hinter einem Label stecken, und ob ihre Einhaltung glaubwürdig überprüft wurde.

WIR MÜSSEN UNTERNEHMEN IN DIE PFLICHT NEHMEN

Anstatt also nur neue Label zu entwerfen, werden wir Unternehmen in die Pflicht nehmen! Verbindliche Regeln der EU zur Einhaltung der unternehmerischen Sorgfaltspflicht sind unsere Chance, etwas aktiv gegen Umweltzerstörung zu tun.

Damit müssen Unternehmen beweisen, dass ihre Produkte, die sie in der EU anbieten, nicht zur Vernichtung von Wäldern oder zur Verletzung von Menschenrechten geführt haben.
Dafür braucht es einen politischen Rahmen, den ich auch hier in Schleswig-Holstein mit der "Initiative Lieferkettengesetz" und Unternehmen wie Edding, Steinbeiss oder MyBoo diskutieren werde bzw. schon diskutiert habe. Denn ohne eine nationale Umsetzung und die Akzeptanz vor Ort geht es nicht. Aber am Ende können wir uns dann sicher sein, dass für unsere Schokolade oder für unseren Kaffee keine Wälder sterben mussten.

Meine Kolleginnen und Kollegen im Umweltausschuss hatten bereits Zeit, ihre Änderungsanträge zu meinem Berichtsentwurf einzureichen. Nach der Sommerpause beginnen nun zwischen den Fraktionen die Verhandlungen über Kompromisse, die ich leiten werde. Ende September wird dann der Umweltausschuss über diese Kompromisse – und über Anträge, zu denen keine Kompromisse gefunden werden konnten – abstimmen. Richtig spannend wird es Ende Oktober, wenn im Plenum des Europäischen Parlaments final abgestimmt wird. Wird mein Entwurf die Zustimmung bei einer Mehrheit der 705 Mitglieder des Europäischen Parlaments finden?

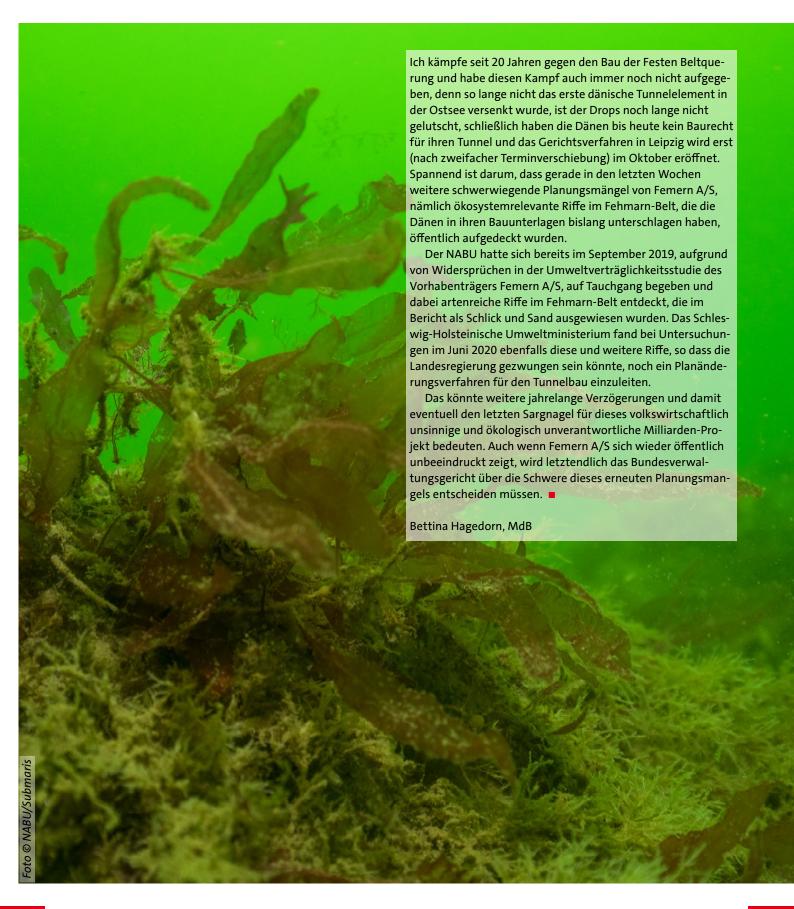
Mit solidarischen Grüßen





OSTHOLSTEINBRIEF SPÄTSOMMER 2020

SCHLICK UND SAND? DAS SIND RIFFE IM FEHMARN-BELT



SPD-OSTHOLSTEIN.DE 5/12



SPÄTSOMMER 2020 OSTHOLSTEINBRIEF

APPLAUS APPLAUS ...

DAS REICHT NICHT AUS!



Die Covid-19 Pandemie rückt den Pflegeberuf verstärkt in den Fokus. Auch im Landtag gab es stehenden Applaus für die Menschen, die in besonderer Weise den Laden am Laufen halten. Lob und Anerkennung kann es für die Pflegeberufe nicht genug geben. Allerdings habe ich die Befürchtung, dass der augenblicklichen Wertschätzung nach der Krise keine

ausreichenden Taten folgen, die den Pflegeberuf nachhaltig stärken und ihn attraktiver machen. Der gegenwärtigen Aufmerksamkeit müssen strukturelle und nachhaltige Verbesserungen folgen.

Der beschlossene Pflegebonus ist eine gut gemeinte wertschätzende Einmalzahlung. Wenn sie denn bei allen ankommt. Der Bund hat die Bonuszahlungen für die Altenpflege beschlossen, das Land für die Krankenpflege. Von dem vollmundigen Versprechen von CDU/FDP/Grüne, dass ALLE beruflichen Pflegenden einen Bonus erhalten, gibt es noch keine Richtlinie. In der Sitzung des Sozialausschusses am 13.08. konnte Staatssekretär Badenhoop (FDP) immer noch nicht sagen, ob wirklich alle Tätigkeitsfelder in der Pflege einen Bonus erhalten. Die Pflege braucht keine halbherzigen Versprechen, sondern eine spürbare nachhaltige Erhöhung des Lohnniveaus.

Besonders in der stationären Altenpflege und der ambulanten Pflege sind die Löhne zu niedrig. Um das zu ändern, brauchen wir einen flächendeckenden Sozialtarifvertrag, der das Ringen um Fachkräfte mit finanziellen Anreizen, z.B. einer "Kopfprämie" entschärft. Die Pflegeberufekammern und Pflegeberufsverbände fordern ein Einstiegsgehalt von 4000 Euro Brutto. Die Pflegenden verdienen endlich eine spürbare Steigerung der Zulagen für familienunfreundliche und gesundheitsbelastende Schichtdienste. Da empfehle ich gerne den Vergleich mit der Metallbranche.

Die SPD-SH schlägt eine 30-Stunden-Woche vor, die helfen wird, dass die Pflegenden nicht aus dem Beruf aussteigen, der Beruf attraktiver wird und somit auch weniger Leiharbeit notwendig ist.

Um das durchzusetzen braucht es eine starke Gewerkschaft, in der möglichst viele organsiert sind.

WER DAS BEZAHLEN SOLL?

Kurzfristig bedarf es eines Steuerzuschusses aus dem Bundeshaushalt, die Pflegekosten sind ja bereits aus den Fallpauschalen herausgenommen. Eine moderate Erhöhung des Pflegeversicherungsbeitrags wird notwendig sein.

Langfristig wollen wir Sozialdemokrat*innen eine solidarische Bürgerversicherung, in der alle versichert sind und in die alle von ihrem Einkommen, sei es durch Arbeit, Selbständigkeit,

Mieteinnahmen, Zinsen usw. einzahlen. So würde sehr viel mehr Geld in die Sozialkassen gespült, um auch die Gesundheitsfachberufe angemessen zu bezahlen. Die Bereitschaft dafür wächst, denn die Betroffenheit aller wird größer. Jede*r von uns kann in die Situation der Pflegebedürftigkeit kommen und wünscht sich die beste Versorgung. Außerdem würde der Zusammenhalt in der Gesellschaft gestärkt. Das kann unserem Land nur guttun. CDU und FDP lehnen das ab.

ABER MIT DEM ANSTIEG DER GEHÄLTER IST ES NICHT GETAN

Die Pflegenden brauchen bessere Rahmenbedingungen, um ihren Beruf dauerhaft ausüben zu können und zu wollen. Wir erleben seit Jahren, dass der eigene fachliche und menschliche Anspruch der Pflegenden sich den ökonomischen Interessen beugen muss. Die Schere zwischen Theorie und Praxis klafft viel zu weit auseinander. Das ist oft die Begründung, warum so viele dem eigentlich wunderbaren Beruf den Rücken kehren. Angesichts der demographischen Entwicklung können wir uns das nicht leisten

Mit der Einrichtung der Pflegekammern kann die Pflege politischen Einfluss auf alle pflegerelevanten Entscheidungen nehmen. Es ist an der Zeit, dass diejenigen, die am meisten von Pflege verstehen, und das sind nun mal die Pflegenden selber, die eigenen Angelegenheiten selbst bestimmen. Was passiert, wenn profitorientierte Arbeitgeberverbände das machen, erleben wir seit Jahren.

Wir brauchen zeitnah einen gesetzlichen Personalbemessungsschlüssel, der beschreibt, wie viele Personen mit welcher Qualifikation in welchen Abteilungen zu welcher Zeit vorgehalten werden müssen. Darauf müssen sich die Pflegenden und auch andere Gesundheitsberufe wie z.B. die Hebammen, verlassen können. Das schafft die notwendige Entlastung, es erhöht die Arbeitszufriedenheit und die Sicherheit der zu Pflegenden und zu Versorgenden. Die jetzige Personaluntergrenze, die nur für einige Bereiche gilt und jetzt im Rahmen der Pandemie sogar ausgesetzt ist, ist nur die Grenze zur gefährdenden Pflege.

Diese gesetzlichen Vorgaben müssen mit der fachlichen Expertise der Pflege erarbeitet und dürfen nicht wieder von ökonomischen Interessen dominiert werden.

Es erstaunt wohl kaum, dass die Vorstellungen der privaten Arbeitgeberverbände z.B. zur Fachkraftquote sich sehr von den fachlich orientierten Forderungen von Pflegekammern und Berufsverbänden unterscheiden. Ein Grund mehr, die Pflegeberufekammer und Berufsverbände zu stärken.

Mit Pflege und Krankheit sollten nur diejenigen Geld verdienen dürfen, die unmittelbare Tätigkeiten in den Bereichen ausüben. Dazu gehören auch die Besitzer*innen von den kleinen, meist familiengeführten Einrichtungen.

Die Mär von der Heilbringung durch Großkonzerne, die mit ihren Häusern auch noch Rendite erwirtschaften, um Aktionäre in anderen Ländern zu befriedigen, hat sich doch wohl überholt.

6/12 SPD-OSTHOLSTEIN.DE



Die mit den Übernahmeverhandlungen von Sana und Ameos einhergehende Verunsicherung aller Beschäftigten gehört auf jeden Fall nicht in die Kategorie der Wertschätzung und des Applauses. Ich finde, Gesundheitsversorgung und Pflege muss wieder öffentliche Daseinsvorsorge werden!

Die WHO hat 2020 als das Jahr der Pflegenden ausgerufen, um den gesellschaftlichen Wert der Arbeit beruflich Pflegender hervorzuheben. Vor dem Hintergrund der Pandemie wird genau das besonders deutlich. Klar ist - mehr denn je - es muss sich etwas ändern.

Deshalb muss dieser Zeitpunkt der Aufmerksamkeit dafür genutzt werden, um die Pflege zukunftssicher und krisenfest aufzustellen. Was nutzt die erhöhte Anzahl gut ausgestatteter Intensivbetten, wenn es niemanden gibt, der dafür ausgebildet ist? Nur die Einstufung "systemrelevant" reicht nicht.

Ich appelliere für ein breites Bündnis aus Gewerkschaft, Arbeitgeber*innen, Pflegekammern, Gesellschaft und Politik, das das Wohl der Pflegenden und somit auch das der zu Pflegenden in das Zentrum ihrer Bemühungen stellt.

Ich appelliere an die beruflich Pflegenden: Seid laut und organisert Euch in einer starken pflegerischen Selbstbestimmung, in starken Gewerkschaften und starken Berufsverbänden sowie in der Politik. Nehmt die Dinge in die eigene Hand. Verlasst Euch bitte nicht darauf, dass andere, die nichts mit dem Beruf zu tun haben, es schon regeln werden. Das hat Euch bisher nichts gebracht und wird auch in Zukunft nichts ändern. Nehmt Eure Zukunft selbst in die Hand!

Birte Pauls, MdL sozialpolitische Sprecherin

DIE SUCHE NACH EINEM KRIPPEN- ODER KINDERGARTENPLATZ

DAS NEUE KITA-GESETZ IN DER GEMEINDE BOSAU

Heutzutage gibt es eine große Nachfrage nach Krippen- und Kindergartenplätzen. Immer häufiger kommen junge Frauen mit dicken Bäuchen zum Kindergarten und wollen ihr noch ungeborenes Kind schon für einen Krippenplatz anmelden, damit ihnen der Platz sicher ist, da viele von ihnen berufstätig sind. Sie wollen sicher sein, dass ihr Kind dann auch betreut werden kann. Einige wünschen schon eine Betreuung, wenn das Kind 12 Wochen alt wird. Auch für Familien mit Kindern, die neu in die Gemeinde ziehen, ist es immer schwierig, für ihre kleinen Kinder Plätze in einem Kindergarten zu bekommen. Die Gemeinde Bosau mit ihren 15 Dörfern hat drei dezentrale Kindergärten in Trägerschaft des Evangelischen Kindertagesstättenwerks, in denen zurzeit ca. 108 Kinder betreut werden, 27 Kinder unter 3 Jahre (U3), 77 Kinder über 3 Jahre (Ü3), aber es fehlen 15 Plätze für die Kleinen und 18 Plätze für die Großen.

Um weitere Betreuungsplätze zu schaffen, wurde ein Antrag auf Nutzungsänderung der in der Schule eingerichteten Kindertagespflegestellen für eine Regelgruppe Ü3 beim Kreis gestellt. Leider sind solche Nutzungsänderungsanträge aber immer sehr aufwendig und dauern in der Bearbeitung beim Kreis, der Gemeinde und dem Träger, in diesem Fall fast 1½ Jahre! Des Weiteren wird für ein Wohnhaus auch ein Nutzungsänderungsantrag für Kindertagespflegestellen eingereicht, um kurzfristig eine Übergangslösung zu schaffen. Bei einem anderen Kindergarten gibt es die Überlegung, die Räumlichkeiten der Tagespflege durch Umbauarbeiten für eine altersgemischte Gruppe zu erweitern. Doch auch dadurch kann die Nachfrage nach Kindergartenplätzen noch nicht gedeckt werden.

So veranstaltete die Gemeinde einen sehr produktiven Workshop zur Zukunft der Kindertagesstätten und suchte gemeinsam mit der Politik, den Eltern und Kita-Leitungen sowie dem Träger nach kreativen Lösungen. Einige Eltern wünschen sich u.a. die Einrichtung einer Naturgruppe, aber es soll auch ein Neubau möglichst schnell auf den Weg gebracht werden. Denn mit dem neuen Kita-Gesetz gibt es auch neue Qualitätsstandards, die eingehalten werden müssen und z.B. fehlt in einem Kindergarten ein Personal- und Elternsprechraum. Außerdem müssen die Verträge mit dem Träger und der Gemeinde erneuert werden.

Doch es gibt auch schon einen positiven Beitrag der Gemeinde Bosau. Um die Eltern von U3 Kindern zu entlasten, hat die

Gemeindevertretung auf Anregung der SPD beschlossen, die Elternbeiträge für diese Kinder vom 1.8. bis 31.12.2020 mit 50,00 Euro pro Kind und Monat durch die Kommune zu bezuschussen, da es aufgrund der neuen Deckelungsbeiträge ab 1.8.20 im U3 Bereich durch den Wegfall des Krippengeldes zu einer wesentlichen Erhöhung



der Elternbeiträge gekommen wäre. Außerdem sparen die Eltern von Ü3 Kindern durch die Deckelung der Kindergartenbeiträge je nach Betreuungsumfang zwischen 20 und 65 Euro im Monat. Die Ausgaben der Gemeinde Bosau für die drei Kindergärten liegen in diesem Jahr bei ca. € 530.000 plus ca. € 8.500 als freiwillige Leistung (€ 50 Zuschuss U3) und € 65.000 für die Unterbringung in Kindergärten außerhalb der Gemeinde Bosau. ■

Birgit Steingräber-Klinke Bosauer SPD-Fraktionsvorsitzende und Vorsitzende des Kindergartenfinanzausschusses

SPD-OSTHOLSTEIN.DE 7/12

NEUES ZUR 380 KV-LEITUNG?

FAST FÜNF JAHRE WAR ES UM DIE 380 KV-LEITUNG IN OSTHOLSTEIN RUHIG

Nach einem sehr langen Prozess mit Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger wurde vor fünf Jahren eine Trasse erarbeitet und präsentiert, die nicht mit Begeisterung aufgenommen, aber in Abstimmung mit den Gemeinden gefunden wurde. Damit sage ich noch nichts über die Notwendigkeit!

Es war eine schwierige Abwägung, da auf Mensch, Natur und weitere Bauvorhaben Rücksicht genommen werden musste. Zudem kam die Frage auf, ob diese Leitung überhaupt nötig sei, was genau durch die Leitungen durchfließt und ob es nicht ein Erdkabel sein könnte oder die Leitung zumindest in Teilen unter die Erde gelegt werden könnte. Viele Sitzungen, Veranstaltungen in Turnhallen und politische Diskussionen wurden durchgeführt. Insbesondere die Erdverkabelung spielte dabei eine große Rolle und in Stockelsdorf zudem das große Umspannwerk.

DIE LEITUNG WURDE IN 3 ABSCHNITTE GETEILT

- 1. Raum Bad Segeberg
- 2. Stockelsdorf-Siems
- 3. Lübeck-Göhl

ist ein Witz. Da erwarten und bitten wir doch um etwas mehr Professionalität.

Auf der Sitzung wurden als Gründe für den möglichen neuen Verlauf der Leitung das Bündelungsgebot (alle möglichen Eingriffe in die Natur auf einem möglichst schmalen Korridor zusammenzufassen, Bundesnaturschutzgesetz), neue rechtliche Vorgaben im Leitungsbau, die Hinterlandanbindung und genauere Untersuchungen der Landschaft benannt. "Genauere Unterlagen hierzu sind jedoch noch nicht zur Weitergabe geeignet. Aber man möchte jetzt möglichst frühzeitig eine Beteiligung durchführen", so TenneT.

Fünf Jahre lang war nichts zu hören, keine Zwischenergebnisse, keine Präsentationen von durchgeführten Untersuchungen, kein kleiner Hinweis. Das nenne ich dann doch mal eine gelungene Überraschung, die TenneT da präsentiert hat.

Natürlich können und sollen sich jetzt die Gemeinden und Bürgerinnen und Bürger beteiligen, das ist auch richtig so. Es ist noch kein offizielles Planfeststellungsverfahren, das wird erst im nächsten Jahr soweit sein (warten wir es mal ab).

Wenn man allerdings Kooperation und Vertrauen erwartet, sollte TenneT noch gehörig nacharbeiten. Weitere Veranstaltungen sind jetzt geplant, die Maststandorte sollen präsentiert und Anregungen eingearbeitet werden.



Und um den 3. Abschnitt geht es jetzt. Am 13.8. hatte TenneT zu einer Informationsveranstaltung nach Sereetz eingeladen. Mit dabei der Staatssekretär Tobias Goldschmidt. Schon die Planung der Veranstaltung war für TenneT offenbar eine organisatorische Höchstleistung. Manche wurden geladen, manche wieder ausgeladen, einige Bürgermeister durften nur alleine kommen, aus manchen Gemeinden kamen zwei Verwaltungsmitarbeiter*innen und einige durften auch gar nicht kommen. Bei allem Verständnis für schwierige Bedingungen in Coronazeiten, das kann man anders machen.

Die betroffenen Gemeinden hatten einige Wochen zuvor (Hochsaison in Ostholstein) eine Karte mit einer möglichen neuen Trasse erhalten und sollten dazu Stellung nehmen. Nicht nur, dass es ein völlig neuer Trassenverlauf war, den die Bürgermeister*innen da auf den Tisch bekamen, so war auch gar nichts genau zu erkennen. Es sah aus, als ob jemand einen dicken Edding benutzt und einfach mal einen Strich durch die Landschaft gezogen hätte. Das alleine ist schon eine Unverschämtheit, dazu dann noch eine Stellungnahme zu erwarten,

ES BLEIBEN NOCH WEITERE PUNKTE OFFEN

Ist die energiewirtschaftliche Notwendigkeit einer 380 kV Leitung wirklich gegeben?

Was genau fließt denn durch die Leitung? Ist es tatsächlich ein Meilenstein für erneuerbare Energien und somit auch für den Klimaschutz?

Wie sieht es jetzt mit der Erdverkabelung aus?

Diese Fragen müssen beantwortet werden und zwar von der Landesregierung. Da kann man sich nicht aus der Verantwortung stehlen.

Die Menschen im Kreis Ostholstein tragen mit der möglichen Hinterlandanbindung eine riesige Last. Da muss das Verfahren zur 380 kV-Leitung wenigstens professionell und offen verlaufen.

Eure Sandra Redmann MdL für den Wahlkreis Ostholstein-Süd und den Betreuungswahlkreis Ostholstein-Nord Foto © Beate Müller-Behrens



OSTHOLSTEINBRIEF

AUS DER SPD KREISTAGSFRAKTION OSTHOLSTEIN

SOMMERKLAUSUR IN MALENTE

Die politische Arbeit wird nun trotz Corona wieder hochgefahren. So fand die Sommerklausur der SPD Kreistagsfraktion, in deren Vordergrund sozial- und finanzpolitische Themen standen, unter Corona-Bedingungen in der Gustav-Heinemann Bildungsstätte in Malente statt. Zunächst dankte die Fraktion Frau Dr. Kusserow mit ihrem Team vom Gesundheitsamt Ostholstein dafür, dass sie den Kreis sicher durch die Coronazeit gesteuert hat. Auf der Tagesordnung waren das Jugendhilfehaus in Lensahn und die Schuldnerberatung im Kreis Ostholstein, zu denen Grundsatzbeschlüsse gefasst wurden.

Die vollstationäre Jugendhilfeeinrichtung, das Jugendhilfehaus in Lensahn, muss weiterhin in der Trägerschaft des Kreises bleiben. Der Kreis ist als örtlicher Jugendhilfeträger per Gesetz verpflichtet, Kindern und Jugendlichen Schutz und Hilfe zu bieten. Das Leistungsangebot umfasst die Hilfe zur Erziehung, stationäre Eingliederungshilfe und die vorläufige Inobhutnahme von Kindern und Jugendlichen. Dort werden Mädchen und Jungen ab dem 12. Lebensjahr aufgenommen, die z. B. befristet einen Platz zum Leben außerhalb der Herkunftsfamilie benötigen. Das Jugendhilfehaus hält insgesamt 20 Plätze in zwei Gruppen vor. Die Fraktion ist weiterhin zu Gesprächen über die anstehenden Punkte, wie z. B. Modernisierungs- und Sanierungskosten der Einrichtung bereit, nicht aber über die Wirtschaftlichkeit. Für die Fraktion stehen die Kinder und Jugendlichen und die pädagogische Arbeit im Vordergrund.

Das zweite sozialpolitische Thema war die Schuldnerberatung. Nach langer und intensiver Diskussion hat sich die Fraktion dafür ausgesprochen, dass die soziale Schuldnerberatung mit den Kooperationspartnern AWO und GATE in ihrer bisherigen Form fortgeführt werden soll und eine Kündigung der Verträge abgelehnt wird. Beide Beratungsstellen leisten, besonders in dieser schwierigen Periode, hervorragende Arbeit. Die Fraktion begrüßt es sehr, dass in der aktuellen Krisensituation Einigkeit im Fachausschuss herrscht und in dieser Situation die bestehenden Strukturen der Schuldnerberatung beibehalten werden sollen. Auch hier ist die Fraktion zu weiteren Gesprächen bereit und befürwortet, ergänzende Vereinbarungen zwischen den Schuldnerberatungsstellen, dem Jobcenter und dem Kreis abzuschließen.

Besonders erfreut ist die SPD Fraktion über das 130-Mrd.-Konjunkturpaket, es ist ein sozialdemokratisches Paket mit "Wumms". Mit 300 Euro Bonus für Kinder kommt vielen etwas zu. Investitionen für Schulen, Kitas, Digitalisierung und die Kultur entlasten kommunale Haushalte ebenso wie das zusätzliche Geld für kommunale Sozialleistungen. Das findet bei der Fraktion volle Anerkennung.

Die Fraktion wurde unterrichtet, dass zwei Städte und zwei Gemeinden das Angebot des Kreises zur Stundung der Kreisumlage angenommen haben. Weiterhin hat die GroKo beschlossen, den größten Kostenanteil der Unterkunft zu übernehmen. Das wird unseren Kreis entlasten, aber die Fraktion will die genauen Zahlen abwarten. Für die öffentlichen Haushalte gibt es derzeit sehr große Unsicherheiten, das Land hat deswegen angekündigt, den Landeshaushalt erst nächstes Jahr zu beschließen.

Die Fraktion hat sich darauf verständigt, den neu aufgelegten Strukturfonds des Kreises mitzutragen, sieht aber weiteren Gesprächsbedarf bei der Verteilung der Mittel und möchte weitere Faktoren (z. B. Investitionskosten der Kommunen) einfließen lassen.

Burkhard Klinke
SPD Fraktionsvorsitzender

KREISSCHULEN MEISTERN DIE CORONA-KRISE

Die SPD Kreistagsfraktion hatte noch vor Ferienbeginn öffentlich und auch nach Konsultation mit der Ausschussvorsitzenden eine Reihe von schulpolitischen Fragen an den Landrat gerichtet. Dieses war aus unserer Sicht sozusagen als Vorgriff auf die nächste Sitzung am 3. September notwendig, da sich seit der letzten Sitzung des Ausschusses für Bildung, Schule, Kultur und Sport am 14. 11. 2019 eine ganze Reihe von Fragen ergeben haben, deren Beantwortung und politische Wertung nicht so weit hinausgeschoben werden sollte. Die SPD Fraktion bedankt sich für die zeitnahen Beantwortungen.

Erleichtert sind wir über die positiven Berichte unserer Beruflichen Schulen in Eutin und Oldenburg und auch der Förderzentren Am Papenmoor und Kastanienhof. Sie haben die Corona-Krise gut bewältigt und sind auf dem Weg in eine neue, Corona-angepasste Normalität. Dass es nunmehr im Bereich der beruflichen Gymnasien – auch nach unseren jahrelangen Bemühungen – keine kapazitätsbedingten Abweisungen mehr gibt, wurde nach den Beschlüssen im vergangenen Jahr erwartet. Über die Abweisungen an der Berufsfachschule in Eutin wird allerdings zu sprechen sein. Gleiches gilt aufgrund der zwischenzeitlichen allgemeinen Informationen zur Kinderarmut für die Frage, ob und inwieweit es auch mit schulischer Unterstützung noch besser gelingen kann, die erweiterten Leistungen aus dem Bildungspaket in Anspruch zu nehmen.

Erfreulich ist, dass nach den anfänglichen Problemen schon zum kommenden Schuljahr die jeweils zwei neuen Stellen zur Umsetzung des Digitalpakts mit Systemadministratoren*innen besetzt werden konnten.

Sorgen bereitet allerdings auch nach der Darstellung der Agentur für Arbeit die noch sehr unsichere Situation auf dem Ausbildungsmarkt. Auch wenn es derzeit in Ostholstein rein rechnerisch noch einen Überhang an Ausbildungsplätzen geben mag, verringert sich konjunkturbedingt die Zahl der besetzbaren Plätze. Derzeit wird davon ausgegangen, dass es 20 Prozent weniger Ausbildungsplätze als bisher geben wird.

Wir hoffen, dass die gesamtgesellschaftlichen Bemühungen nachhaltig und vor allem auch jahrgangsübergreifend Erfolge aufweisen, wobei insbesondere auch die Beruflichen Schulen dabei einen wichtigen Beitrag zu leisten haben. Wir werden auch hierzu die Absichten und Möglichkeiten weiter hinterfragen und unterstützen.

Hermann Greve Schulpolitischer Sprecher

SPD-OSTHOLSTEIN.DE 9/12



SPÄTSOMMER 2020 OSTHOLSTEINBRIEF

JUNGE KOMMUNALPOLITIKER*INNEN LEGEN PAPIER VOR

ZURÜCK ZUR ALTEN NORMALITÄT IST NICHT DAS ZIEL

Von vielen Seiten kommt derzeit die Forderung, möglichst schnell zur alten Normalität zurückkehren zu wollen. Dabei hat die Corona-Pandemie an vielen Stellen gezeigt, dass ein Umsteuern in vielen Bereichen dringend notwendig wäre. Gemeinsam mit sechs weiteren jungen

Kommunalpolitiker*innen aus allen Teilen des Landes haben wir uns Gedanken gemacht, welche Lehren sich aus den letzten Monaten ziehen lassen. Denn für uns ist klar: Zur alten Normalität wollen wir nicht zurück.

Unser Ziel ist inner- und außerhalb der Partei eine Diskussion anzustoßen, welche neuen Wege wir einschlagen wollen. Dafür haben wir sieben Thesen formuliert, die von Rekommunalisierungen über Mobilität bis hin zur Digitalisierung der Verwaltung reichen. Zu jeder These geben wir Beispiele für konkrete Ansätze, mit denen Land und Kommunen einen neuen Weg einschlagen könnten.

Wir finden zum Beispiel, dass die Renditeerwartung von Aktienkonzernen nicht länger über die Leistungsfähigkeit der Gesundheitsversorgung entscheiden darf. Denn das trägt dazu bei, dass unser Gesundheitssystem schon im Normalzustand am Limit läuft und somit in der Krise keinen Spielraum hat, um besondere Belastungen abzufangen. Darum schlagen wir vor, dass das Land einen Fonds einrichtet, aus dem wir landesweit Rekommunalisierungen finanzieren, mit der Kommunen vor Ort alleine überfordert wären. Außerdem schlagen wir einen Zusammenschluss der verbliebenen kommunalen Krankenhäuser vor, der aus Einzelkämpfern einen starken Verbund macht und in dem gleichzeitig Know-How aufgebaut wird, um weitere Krankenhäuser zurück in öffentliche Trägerschaft zu holen.

Ein anderer Vorschlag ist, Schulen als Lehre aus der Corona-Zeit deutlich mehr Souveränität in organisatorischen Fragen zu geben. Dafür wollen wir Schulleitungen breiter aufstellen, indem künftig an jeder Schule zusätzlich Schulmanager tätig werden, die sich z.B. um Finanzen oder die Beschaffung von Materialien kümmern. Damit wollen wir gleichzeitig Schulleitungsstellen wieder attraktiver machen, die oft nur noch unter großen Anstrengungen zu besetzen sind.

Das gesamte Papier* mit allen Thesen und Ideen findet sich zum Nachlesen unter: www.spd-ostholstein.de/thesen/

Niclas Dürbrook Tim Dürbrook

WARUM EIGENTLICH NICHT MAL...

... einen Landesfonds für Rekommunalisierungen einrichten, der Kommunen unter die Arme greift, um wieder selbst Verantwortung für ihre Daseinsvorsorge zu übernehmen?

... einen landesweiten Zusammenschluss der kommunalen Krankenhäuser auf den Weg bringen, der den Kommunen weiterhin die Entscheidung über die Versorgung vor Ort lässt, aber aus Einzelkämpfern einen starken Verbund macht? Und durch den gleichzeitig Know-How aufgebaut wird, um anderen Kommunen unter die Arme zu greifen, die über Rekommunalisierung von Krankenhäusern nachdenken?

... einen landesweiten Stopp der Tariferhöhungen für nah.sh ab 2020 durchsetzen? Denn Tariferhöhungen sind toxisch für die Verkehrswende. Stattdessen sollte das Land massiv in die Finanzierung einsteigen und das Ziel ausgeben, in fünf Jahren landesweit ÖPNV auf dem Preisniveau eines 365-Euro-Tickets bei Kostenfreiheit für junge Menschen in Bildung und Ausbildung anzukommen.

... vom höchsten Standard wegkommen? Tiefgaragen, Fahrstühle oder Dachterrassen sorgen dafür, dass neue Wohnungen für viele unbezahlbar werden. Dabei sind viele darauf nicht angewiesen. Außerdem können Wohnungen durch typisiertes und serielles Bauen schneller und günstiger geschaffen werden. Diese könnte man dann einmalig durch das Genehmigungsverfahren laufen lassen und fortlaufend bauen.

... die Kommunen belohnen, die innovative und nutzerfreundliche digitale Anwendungen und Services als Pioniere entwickeln? Wer vorangeht und anderen Kommunen seine Lösungen als open-source Software zur Verfügung stellt, sollte über den Kommunalen Finanzausgleich oder über direkte Fördergelder belohnt werden.

... die Krise als Chance nutzen und grade jetzt einen Fonds auf den Weg bringen, der Wagniskapital für neue Unternehmen bereitstellt? Dieser Schleswig-Holstein. Fonds könnte eine Lücke bei dritten oder vierten Finanzierungsrunden schließen, die zu teuer für die klassischen öffentlichen Förderinstrumente sind und den Norden dadurch attraktiv für Start-ups machen. In den Fonds sollten 20 Millionen an öffentlichen Mitteln und bis zu 80 Millionen an privaten Mitteln eingebracht werden können.

... die Schulen in Schleswig-Holstein zum Musterbeispiel für Autonomie und Eigenverantwortung machen? Damit das funktioniert und Schulleitungsstellen wieder attraktiver werden, braucht es künftig eine zusätzliche Stelle an jeder Schule für Finanzen, Controlling und Management, die eng in die Schulleitung eingebunden wird.

... als erstes Bundesland eine eigene Plattform mit methodischdidaktisch aufbereiteten digitalen Lerneinheiten und -medien an den Start bringen, die allen Schulen und Lehrkräften zur Verfügung steht?

*Autor*innen: Simon Bull (Juso-Landesvorsitzender), Aylin Cerrah (Gemeindevertreterin und Kreistagsabgeordnete, Selent/Plön), Niclas Dürbrook (Kreistagsabgeordneter, Malente/OH), Tim Dürbrook (Kreistagsabgeordneter, Scharbeutz/OH), Marcello Hagedorn (Stadtverordneter, Elmshorn), Christina Schubert (Ratsfrau, Kiel), Philip Schüller (Ratsherr, Kiel), Lisa Vogel (Ratsfrau, Flensburg)

10/12 SPD-OSTHOLSTEIN.DE



KREISVORSTAND

WIE SIEHT'S AUS MIT DER PARTEISCHULE 2020?

Wie viele von euch mitbekommen hatten, hat der Kreisvorstand der SPD Ostholstein im Frühjahr dieses Jahres beschlossen, die eigentlich für Mai/Juni 2020 geplante vierte Ausgabe unserer Parteischule auf den Herbst zu verschieben. Unsere Hoffnung war damals, dass wir bis dahin absehen können, wie sich die Situation rund um Corona entwickelt hat. Seitdem verfolgen Anastasia Brack und ich als euer Orgateam die Situation sehr genau und haben lange hin und her überlegt, ob wir die Parteischule 2020 stattfinden lassen können und wollen.

Leider müssen wir euch aber sagen, dass wir es nicht für richtig halten, die Parteischule diesen Herbst stattfinden zu lassen. Einerseits natürlich, weil wir auch jetzt nicht absehen können, wie sich die Pandemie bis Oktober/November entwickelt. Andererseits hätten wir auch unter den derzeitigen Bedingungen große Bauchschmerzen. Die Parteischule lebt vom engen Austausch ihrer Teilnehmer*innen. Am Ende dieser vier Module soll eine eingeschworene Gruppe entstanden sein, mit der man sich auch außerhalb der von uns organisierten Termine gerne nochmal trifft, so war es zumindest die letzten Jahre. All das würde nahezu unmöglich werden, wenn wir mit

Maske und Mindestabstand in dann schlecht belüfteten Räumen sitzen würden.

Das heißt aber nicht, dass die Parteischule damit gestorben ist. Wir haben große Hoffnungen, dass wir im Frühjahr 2021 einen neuen Anlauf starten können! Im Hinblick auf die dann anstehende Bundestagswahl im Herbst 2021 hat das Ganze dann sicherlich auch nochmal einen ganz anderen Reiz. Also drücken wir alle die Daumen, dass wir die Pandemie bis dahin im Griff haben und die Parteischule dann stattfinden kann!

Übrigens: Wer jetzt schon weiß, dass er oder sie grundsätzlich mal Lust hätte, bei der Parteischule dabei zu sein, kann sich jetzt schon vormerken lassen! Unter https://www.spd-ostholstein.de/parteischule/ könnt ihr euch jetzt schon als interessiert vormerken lassen. Das sichert euch dann auf jeden Fall einen Platz beim nächsten Mal und erleichtert uns die Planung. Auf der Seite findet ihr auch alle Infos sowie einen Beispielablauf der Parteischule von 2019.

Tim Dürbrook Mitgliederbeauftragter

WOHLFAHRTSMARKEN FÜR DIE JUGEND

BETTINA STELLT FEUERWEHRFAHRZEUGE VOR

Am 11. August 2020 präsentierte Bettina Hagedorn die Jugendbriefmarke 2020 im historischen Feuerwehrmuseum in Berlin-Tegel – passend zum diesjährigen Thema "Historische Feuerwehrfahrzeuge".

Die Serie umfasst drei schöne Motive von historischen Feuerwehrfahrzeugen. Abgebildet sind der berühmte Bully von VW als Tragkraftspritzfahrzeug, das Löschfahrzeug 16 MB von Mercedes und das Tanklöschfahrzeug 16 W 50 aus der ehemaligen DDR.

Die ersten Jugendbriefmarken wurden im Jahr 1952 in Deutschland veröffentlicht und sind an einem kleinen Pluszeichen zu erkennen. Der Verkaufspreis dieser Briefmarken setzt sich aus dem Portowert für die Briefbeförderung und einem Zuschlag zusammen, der vollständig an die Stiftung Deutsche Jugendmarke e.V. weitergereicht wird. Mit diesen Pluserlösen fördert die Stiftung Maßnahmen zum Wohle von Kindern und Jugendlichen. Die Briefmarken sind seit dem 6. August 2020 in den Verkaufsstellen der Deutschen Post AG erhältlich



IMPRESSUM/REDAKTION

SPD Kreisverband Ostholstein Lübecker Straße 6 23701 Eutin Telefon 04521/59 57 kv-ostholstein@spd.de www.spd-ostholstein.de **V.i.S.d.P.** Niclas Dürbrook, Kreisvorsitzender niclasduerbrook@gmx.de • **Redaktion** Niclas Dürbrook und Beate Müller-Behrens • **Korrektur** Susanne Bötticher-Meyners • **Layout und**

Schlussredaktion Beate Müller-Behrens beatemuellerbe@ yahoo.de • Nicht namentlich gekennzeichnete Artikel sind Beiträge der Redaktion • Dieser Ostholsteinbrief wird klimaneutral gedruckt, die nächsten Ausgaben gibts nur digital. •



SPD-OSTHOLSTEIN.DE

SP

23

kν





SPÄTSOMMER 2020

OSTHOLSTEINBRIEF

LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,

in den letzten zwei Jahren war es für mich nicht immer klar, dass ich mich auch ein sechstes Mal um dieses Mandat bewerben möchte. Ich habe den starken Ruf in unserer Partei nach Erneuerung und Verjüngung sehr wohl gehört und verstanden. Ich glaubte, mit der Finanz-und Wirtschaftskrise 2008/2009 und der Flüchtlingskrise 2015 bereits die schwierigsten Jahre in Regierungsverantwortung im Bundestag erlebt zu haben, als Anfang dieses Jahres die Corona-Pandemie ausbrach und seitdem die Politik in Deutschland, in Europa und der ganzen Welt vor die größten Herausforderungen seit Jahrzehnten stellt.

Auf Deutschland liegt eine gewaltige Verantwortung dafür, dass wir alle diese Krise gesellschaftspolitisch, sozial, wirtschaftlich und gesundheitspolitisch gut überstehen und gleichzeitig die Weichen mit Blick auf die Gefahren des Klimawandels, die Herausforderungen der Digitalisierung und das drohende Auseinanderdriften Europas mutig anpacken. Diese Aufgabe wird uns über die nächsten Jahre komplett fordern. Deswegen ist es mir wichtig, auch mit Blick auf unsere Kinder und Enkelkinder und deren Zukunft, mich gerade jetzt weiterhin der Verantwortung zu stellen.

Nach 18 Jahren im Bundestag in Berlin kann ich den Beweis antreten, dass ich nie etwas versprach, was ich nicht gehalten habe. Besonders wichtig war es mir immer, regelmäßig über meine Arbeit in Rechenschaftsberichten und Jahresrückblicken transparent zu informieren, meine Einkünfte seit 2003 stets

komplett offen zu legen, und eine Vielzahl von Veranstaltungen zu allen Themenbereichen, die im Wahlkreis unter den Nägeln brannten, zu organisieren. Seit über 15 Jahren halte ich engen Kontakt zur Kommunalpolitik von Puttgarden bis Reinfeld, nicht nur mit meinen traditionellen Rathausgesprächen. Ich versuche gleichzeitig durch beständige Schulbesuche und Kontakte zu den Jugendverbänden der Politikverdrossenheit junger Menschen entgegenzuwirken. Ob Vereine oder Verbände, Jugendpflege oder Betriebsräte, Bürgermeister oder Gleichstellungsbeauftragte – die Kette derer, die meine Unterstützung nachgefragt und stets bekommen haben, ist lang. Durch meine Arbeit im Haushalts- und Rechnungsprüfungsausschuss seit 2002 konnte ich viele Projekte im Wahlkreis mit großer finanzieller Förderung aus Berlin unterstützen, z.B. im Bereich der Sanierung kommunaler Einrichtungen und Schulbauten oder im Denkmalschutz.

Seit März 2018 nehme ich für Finanzminister Olaf Scholz die Aufgabe als Parlamentarische Staatssekretärin für Haushalt und Europa wahr – ein Amt, das gerade enorm viel Zeit, Verantwortung und Engagement, national wie international, fordert. Seit Deutschland Anfang Juli in schwierigster Zeit die EU-Ratspräsidentschaft inne hat, vertrete ich Olaf Scholz nicht nur im Haushaltsausschuss, auf der Regierungsbank oder im Bundeskabinett, sondern häufig auch in Brüssel oder Straßburg.

"Stark im Handeln – nah bei den Menschen", nach diesem Motto arbeite ich seit 2002 für unsere Region im Bundestag. Auch wenn ich bereits 2005 den zweiten Platz auf der SPD-Landesliste innehatte, konnte ich 2002 und 2005 diesen Wahlkreis noch direkt gewinnen. Ich kann Euch angesichts aktueller

Umfragewerte für unsere SPD nicht versprechen, dass das 2021 erneut gelingen wird, aber gemeinsam mit unserem Kanzlerkandidaten Olaf Scholz bin ich der festen Überzeugung, dass uns die aktuellen Umfragewerte nicht mutlos machen dürfen, da 2021 mit dem Abgang von Kanzlerin Merkel die Karten definitiv neu gemischt werden.

Ich verspreche Euch für den Fall meiner Nominierung, dass ich mit Euch zusammen und mit der Unterstützung meines tollen Mitarbeiter*innen-Teams mit Herzblut und ganzer Kraft um jede Stimme kämpfen werde. Ihr kennt mich, bitte schenkt mit euer Vertrauen für weitere vier Jahre.



